

In der neu gegründeten Abteilung „Recht der öffentlichen Sicherheit“, unter der Leitung von Professor Dr. Ralf Poscher, besetzt das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i.Br. ab sofort mehrere Stellen für

## Doktorand\*innen

Die Bewerber\*innen sollten Interesse an Fragen des Sicherheitsrechts oder Grundlagenthemen des öffentlichen Rechts oder der Rechtsphilosophie und -theorie mitbringen und ein überdurchschnittliches juristisches Staatsexamen oder einen vergleichbaren in- oder ausländischen Hochschulabschluss vorweisen. Sie werden gebeten, eine ein- bis max. fünfseitige Beschreibung Ihrer Forschungsinteressen oder eines konkreten Forschungsprojekts beizufügen.

Die Doktorandenstellen werden mit 60% E13 TVöD Bund vergütet und dienen in erster Linie der Durchführung des eigenen Promotionsprojekts.

Die Vertragsdauer ist auf drei Jahre befristet und kann ausnahmsweise bis zu zweimal um jeweils sechs Monate verlängert werden. Für weitere Informationen zum Forschungsprogramm der Abteilung siehe <https://www.mpicc.de/en/research/research-program/public-security-law/>.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, mehr schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen sind ausdrücklich erwünscht. Die Max-Planck-Gesellschaft will den Anteil von Frauen in den Bereichen erhöhen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Frauen werden deshalb ausdrücklich aufgefordert sich zu bewerben. Die Max-Planck-Gesellschaft strebt nach Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt. Wir begrüßen Bewerbungen jedes Hintergrunds.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (insbes. Beschreibung der Interessen und Vorerfahrungen, Lebenslauf und Zeugnisse) unter Angabe der Kennziffer ausschließlich in Form **einer PDF-Datei** (max. 5 MB), die alle Bewerbungsunterlagen enthält, an:

[bewerbungen@mpicc.de](mailto:bewerbungen@mpicc.de)

**Betreff: PL-19-01.**

Bewerbungsfrist ist der 01.10.2019.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir telefonische oder persönliche Anfragen sowie solche per E-Mail nicht beantworten können.

